

# Das GRÜNE in der Bürgerschaft

## Aus dem Landtag vom 22. Mai 2014

Zur Übersicht und zu den Dokumenten: <http://gruenlink.de/rcw>

### Freizügigkeit ist ein Grundprinzip der EU

Die Zuwanderung von Menschen aus den EU-Mitgliedstaaten Bulgarien und Rumänien nach Deutschland wird in der öffentlichen Debatte mit vorurteilsbehafteten Begriffen wie "Armutszuwanderung" und "massenhafter Zuzug" verzerrt. Dabei ist ein vergleichbar hoher Anteil von ihnen gut ausgebildet, teils sogar hochqualifiziert und in den deutschen Arbeitsmarkt integriert. Neue Fragen der Aufnahme und Integration stellen sich durch einen kleineren Teil der MigrantInnen soziale Probleme betreffend. Hierzu hat der Senat einen umfassenden Bericht abgegeben. Ein heute beschlossener Antrag ergänzt den Senatsbericht durch Maßnahmen, die landesrechtliche wie auch bundesrechtliche Schritte beinhalten.



Zahra Mohammadzadeh, für Migration und Integration zuständig, ging auf die Situation der Roma ein: Es gibt eine Gruppe von Einwandernden, die in ihren Herkunftsländern seit langem struktureller Diskriminierung ausgesetzt und als Minderheit nicht ausreichend geschützt sind. Das sind die Roma, die

größte Minderheit in Europa.

Sie leben zumeist in Armut. Sie haben vielfach keinen Zugang zur gesundheitlichen Versorgung, zum Bildungssystem, haben keinen angemessenen Wohnraum. Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit gehören zu ihrer Lebensrealität. Angesichts dieser Situation spricht der Senat in seinem Bericht von nachvollziehbaren Motivationsgründen, ihre Länder zu verlassen. Die Auswandernden suchen eine Chance zur Verbesserung der Lebenssituation. Das ist nachvollziehbar, und wir können nicht einfach sagen, das gehe uns nichts an. Das ist nicht europäisch gedacht, das Roma-Problem ist eine europäische Herausforderung – nicht nur der Roma selbst, sondern der ganzen europäischen Gesellschaft.

Die Freizügigkeit der BürgerInnen der europäischen Staatengemeinschaft gehört zu den Grundprinzipien der EU. Und die Menschen aus Rumänien und Bulgarien machen von diesem Recht Gebrauch.

## Was noch?

### Aus der Fragestunde:

Zur Vorbeugung sexualisierter Gewalt in Sportvereinen vorzubeugen, wurden mit 22 Vereinen Fortbildungen durchgeführt. Ein Baustein dabei ist das „erweiterte Führungszeugnis“ für Trainingspersonal, damit keine einschlägig Vorbestraften mit Kindern und Jugendlichen arbeiten. Für Ehrenamtliche ist es kostenlos.



Fraktion  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
in der  
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0  
Fax: 3011-250

[fraktion@gruene-bremen.de](mailto:fraktion@gruene-bremen.de)  
[www.gruene-fraktion-bremen.de](http://www.gruene-fraktion-bremen.de)